66. Jahrgang. № 341 Sonntag, 23. Juli 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 36,—, aber durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 46,—.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 9,—, außerhalb Sachsens M. 11,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer M. 2,—, Sonntagsausgabe M. 3,—.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
27 Kamenzer Straße Straßenbahnl. 5 — J. A. BRUNO KÖNIG — Kamenzer Straße 27 Telephon 22667

Deutscher Weinbrand Scherer Original Langen b. Frankfurt a. M.

Reisen Sie nie ohne Reisegepäck-Versicherung, die für alle Reisen und Aufenthalte vom Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr haftet. — Policen sofort bei
Emil Preuß, Versicherung, Mosczinskystr. 1 I.
Telephon: 14154 und 14511 Drahtwort: Policepreuß

Poincarés „Beweise" für die deutsche Schuld.

Die schlechte deutsche Verwaltung die Ursache des Marksturzes!

Die zu niedrigen Eisenbahntarife.

Paris, 22. Juli. Die Morgenblätter veröffentlichen weitere Nachrichten über den Inhalt der Weisungen, die der Ministerpräsident Poincaré dem französischen Vertreter im Reparationsausschuß Dubois angesichts des deutschen Ersuchens um ein Moratorium gab. Hiernach bemüht sich der französische Ministerpräsident, die Gründe darzulegen, auf die die deutsche Regierung ihr Verlangen stützt. Am 12. Juli, als sie die Note überreichte, hat die deutsche Regierung hauptsächlich die Entwertung der Mark, also die Verpflichtung, unter sehr schweren Bedingungen ausländische Devisen anzukaufen, angeführt und auch die Notwendigkeit des Ankaufs von Brotgetreide herangezogen. Die französische Regierung bemerkt vor allen Dingen, daß man bis jetzt keinerlei genau kontrollierbare Auskunft über den Ausgleich des Budgets und die Handelsbilanz während der letzten fünf Monate erhalten konnte. Was das Budget betreffe, so ergebe sich ja, daß gerade in den letzten fünf Monaten man bei einer Gesamtsumme von 172 Milliarden Mark nur ein Defizit von 8 Milliarden feststelle. Hinsichtlich der Handelsbilanz sei es Frankreich unmöglich, trotz seines Wunsches und trotz verschiedener Studien, sich irgendeine klare Vorstellung von der Ausfuhr zu machen. (W. T. B.)

In Wirklichkeit kämen die Hauptschwierigkeiten, in die die deutsche Regierung geraten sei, vor allen Dingen von der schlechten Verwaltung. Außerordentliche Ausgaben werden gemacht; man ging sogar so weit, das Eisenbahnnetz durch Linien zu vervollkommnen, die nur strategische (!) Interessen hatten, und die Deutschland Vorstellungen der Botschafterkonferenz eingetragen hätten. Außerdem würden den deutschen Staatsbürgern bei Liquidierung ihrer Güter im Auslande viel höhere Sätze bewilligt, als dies bei den alliierten Staatsbürgern unter den gleichen Verhältnissen der Fall war. Gewisse Einnahmen würden systematisch nicht in solcher Höhe erhoben, wie dies geschehen müßte. Beispielsweise erhöhte die deutsche Regierung die Eisenbahntarife nach einem wahrhaften Dumping. Man könne feststellen, daß ihre Eisenbahntarife nur den 5. Teil von dem darstellten, was beispielsweise in der Tschecho-Slowakei bezahlt werde. Was die Getreideankäufe betreffe, so stellte man fest, daß Deutschland sich wohl hüte, zu einer starken Ausmahlung zu schreiten. Es scheine sich klar zu ergeben, daß der augenblickliche Stand der Dinge einer Gruppe von Industrien zugute komme. Der französische Ministerpräsident spricht alsdann in seinem Memorandum von Hilfsmitteln und lehnte die Vorschläge des Garantiekomitees rund ab. Er erklärte, der Garantieausschuß müsse vollkommen die Machtbefugnisse ausüben, die ihm die Artikel 241 und 248 des Friedensvertrages vorbehielten. Er müsse nach Berlin übersiedeln und an Ort und Stelle eine ununterbrochene strenge Kontrolle ausüben. (W. T. B.)

Verpfändung des deutschen Aktienbesitzes?

Zürich, 22. Juli. Die „Neue Zür. Ztg." meldet aus Paris, daß der französische Ministerrat sich für die Auslieferung von einem Fünftel des deutschen Aktienbesitzes als Pfand für eine eventuelle Zahlungsstundung entschieden habe. An den Berliner amtlichen Stellen lag aber bis zur Mittagsstunde eine Bestätigung dieser Meldung, die, träfe sie zu, eine alles Dagewesene übersteigende Ungeheuerlichkeit wäre, noch nicht vor. (Da.)

Der englische Moratoriumsvorschlag.

London, 22. Juli. Der englische Vertreter der Reparationskommission Mr. Bradbury schlägt folgende Form des Moratoriums für Deutschland vor: Die Zahlungen für 1924 werden zunächst überhaupt ausgesetzt und gestundet. Die Zahlungen für 1922 und 1923 werden auf die Zeit bis zum Jahre 1924 verteilt, so daß sich Monatsleistungen in Höhe von etwa 20 bis 30 Millionen Goldmark ergeben.

Vanderlip über die pathologische französische Angst vor Deutschland.

Berlin, 22. Juli. Der bekannte amerikanische Finanzier Frank Vanderlip, der zurzeit in Berlin weilt, erklärte einem Pressevertreter, auch in den alliierten Ländern, selbst in Frankreich, beginne man die Notwendigkeit einer Revision des Friedensvertrages zu erkennen. Dieses Einsehen werde jedoch durch die furchtbare Angst der Franzosen vor der deutschen Revanche immer wieder zurückgedrängt. Am klarsten in Europa sehe England die Lage, und es versuche sein möglichstes, sie auch den anderen klar zu machen. Aber alle Versuche scheiterten an dem folgenden Standpunkt der Franzosen: Lasse man Deutschland zu Atem kommen, so werde es sich sehr bald erholen. Habe es sich erholt, so werde es bald wieder die industrielle Macht sein. Mit der industriellen Macht aber gehe stets die politische Macht Hand in Hand. Deutschland werde dann mit seiner anerkannten Tüchtigkeit bald wieder das Heft in der Hand haben. Werde Deutschland aber so stark gemacht, daß es seine Reparationszahlungen leisten könne, dann werde es bald so stark sein, daß es sie nicht mehr leisten werde. Das sei die Klippe, an der alle Verständigungsversuche scheiterten. Dem gelähmten Europa aber sei nicht zu helfen, solange der Friedensvertrag von Versailles in seiner jetzigen Form bestehen bleibe. Wenn die Franzosen aber Deutschland in einer Lage erhielten, die es diesem Lande unmöglich mache, seinen Verpflichtungen nachzukommen, so sei auch der Zusammenbruch Frankreichs unaufhaltbar. Was Frankreich jetzt noch beieinander halte, das sei die Hoffnung auf die deutschen Zahlungen. Stelle es sich aber heraus, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könne, so breche Frankreich zusammen wie ein Kartenhaus. Das wüßten auch die einsichtigen Franzosen. Trotzdem sträubten sie sich gegen eine Revision des Vertrages. Daran könne man die Größe der Angst ermessen, mit der Frankreich ein neues Aufblühen Deutschlands betrachten würde.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen in Dresden.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Juli. In Dresden beginnen am 1. September die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, nachdem die in Warschau stattgefundenen Vorbesprechungen abgeschlossen sind. Als Verhandlungsorte sind nach einem deutschen Kompromißvorschlag Dresden und Warschau bestimmt worden. Welche Teile der Verhandlungen in Dresden und welche in Warschau erledigt werden sollen, wird von den Delegierten von Fall zu Fall entschieden werden. Jedenfalls sollen je 50 Prozent der Gegenstände in den beiden Orten zur Verhandlung kommen. Ueber das Ergebnis der Vorbesprechungen wird mitgeteilt, daß beschlossen wurde, ein gemeinschaftliches Programm über die Verhandlungspunkte festzustellen. Darüber hinaus haben die Vorbesprechungen aber auch materielle Ergebnisse gehabt. Man hat sich über ein Abkommen geeinigt, wonach sich die deutsche Regierung verpflichtet, Ausfuhrgesuche nach Polen so zu behandeln, wie die Ausfuhrgesuche nach anderen Ländern behandelt werden. Polen verpflichtet sich dafür, seinerseits den Transit deutscher Waren durch Polen zu gewähren. Die Ausführung dieses Prinzips ist sofort in die Wege geleitet worden. Außerdem hat man sich noch über einige andere materielle Punkte von geringerer Bedeutung verständigt.

Die Haltung der Reichsregierung zur Finanzkontrolle.

Berlin, 22. Juli. Die Antwortnote der deutschen Regierung an das Garantiekomitee, die den Beitritt zu den im heute veröffentlichten Memorandum enthaltenen Kontrollforderungen enthält, ist bereits nach Paris unterwegs und wird binnen kurzem veröffentlicht. Gestern hat sie nach dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vorgelegen. Die Reichsregierung hat in den gestrigen Beratungen dem Ausschuß zugesagt, den Text der Note entsprechend den aus den Ausschußverhandlungen sich ergebenden Anregungen einer erneuten Nachprüfung zu unterziehen. Im Ausschuß war man vor allem etwas verstimmt darüber, daß die Regierung sich bereits vor der Befragung des Ausschusses festgelegt hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Stresemann, gab eingangs der Verhandlung dieser Verstimmung Ausdruck. Abgeordneter Dr. Helfferich schlug sogar vor, man solle überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten. **Die Regierung stellte fest, daß an die Zustimmung zur Aufnahme einer Finanzkontrolle nur im Zusammenhange mit dem Moratorium zu denken sei. Sollte das Moratorium nicht zustande kommen, so wäre selbstverständlich auch die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee hinfällig.** Besonderer Nachdruck werde bei der Ausführung der Kontrolle darauf gelegt werden, daß das Steuergeheimnis der einzelnen Zensiten nicht verletzt werde. Das habe auch das Garantiekomitee ausdrücklich zugestanden, das Finanzministerium werde jedoch nicht unterlassen, etwaige Uebergriffe von Entente-Kontrolleuren abzuweisen, und die Finanzämter entsprechend anweisen.

Der Ausschuß ging auseinander, ohne einen Beschluß zu fassen. Die Erklärungen der Regierung wurden lediglich zur Kenntnis genommen, woraus man schließt, daß der Reichstag zunächst der Regierung freie Hand läßt, ohne sich mit an die Verantwortung zu binden, solange die Endergebnisse der ganzen Aktion nicht abzusehen sind. Fast alle Abgeordnete aus dem Reiche haben noch gestern abend oder heute früh Berlin verlassen. Eine von der „B. Z." gestellte Umfrage bei den Führern der Reichstagsparteien ließ eine ziemlich einheitige Auffassung hervortreten. Allgemein werden die Bedingungen des Garantiekomitees als äußerst drückend empfunden. Man betont jedoch meistens, daß es sich formell wenigstens nur um eine Ausführung des entsprechenden Artikels des Versailler Vertrages handelt. Mit dem Zustandekommen der Anleihe, die mit der Umwandlung der politischen Reparationsschuld in eine rein geschäftliche Gläubigerschuld identisch wäre, würde, wie die Mehrheit annimmt, auch die Finanzkontrolle sich von selbst erledigen. (?)

Die Menge der deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 22. Juli. Die Reparationskommission stellte in ihrer gestrigen Sitzung das Lieferungs-Programm Deutschlands an Kohlen für den Zeitraum August bis Oktober 1922 fest. Man fordert 1725000 Tonnen, darunter 720000 Tonnen Koks. (W. T. B.)

Kreditnot und Wirtschaftskrise.

Die deutsche Wirtschaft ringt heute trotz all der sonstigen Lasten und Krankheitserscheinungen schwer mit einer Gefahr, die man in einer Periode aufs höchste gesteigerter Inflation für unmöglich halten müßte, mit der Kreditnot, die mehr und mehr zu einer Frage um Sein oder Nichtsein zu werden droht. Wir sind heute so weit, daß unsere sichersten und stärksten Betriebe nicht nur zu Kreditsuchern geworden sind, sondern daß sie sogar oft vergeblich bei den Banken nach einem Kredit anklopfen, da die Banken dem großen Bedarf einfach nicht mehr gewachsen sind. Die Betriebe können weder Produktionskredite erhalten, noch die in Zeiten einer Devisenhausse so dringend benötigten Devisenkredite, um sich noch bei geringeren Kursen mit den für den Rohstoffbezug gebrauchten ausländischen Devisen einzudecken. Nur wenige der allersichersten Kreditsucher können berücksichtigt werden, aber auch in diesen Fällen wird die Höhe des Kredits die tatsächlich gebrauchte Summe selten oder nie erreichen. Viele Unternehmungen stehen darum unmittelbar vor der in unserer bedrängten Wirtschaftslage ganz besonders gefährlichen Notwendigkeit, Umsatz und Produktion so weit einzuschränken, daß sie den vorhandenen Geldmitteln entsprechen. Das gilt für die Industrie in gleichem Maße wie für die Landwirtschaft, deren plötzlicher starker Kreditbedarf die Kreditnot noch wesentlich verschärft. Gerade in der Landwirtschaft hatte der unter der Einwirkung der Zwangswirtschaft und der Arbeiternot im Kriege mehr und mehr eingeführte extensive Betrieb, der bei geringen Aufwendungen für Düngung und Bodenbearbeitung den Geldgewinn steigerte, obwohl die Produktion zurückging, zu einer starken Anhäufung von Barmitteln geführt. Waren aber noch vor einem Jahre die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Bareinlagen genügend ausgestattet, so ist heute bereits das Gegenteil eingetreten, da der gesteigerte Geldbedarf für die Intensivierung des Betriebes die Kassen stark in Anspruch genommen hat. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß heute ein Gut von 1000 Morgen zur ausreichenden Düngung ein Kapital von 1 Million Mark benötigt, daß der Verbrauch an Stickstoffdünger und Kali trotz erschwerter Lieferung die Zahlen von 1914 schon ganz erheblich übertrifft, so wird der gesteigerte Geldbedarf der Landwirtschaft ohne weiteres verständlich, zumal die Getreideumlage dem Landwirt nicht einmal die entsprechenden Einnahmen zukommen läßt, sondern den Erlös künstlich niedrig hält. Die Kreditnot bedeutet heute bereits eine sehr schwere Gefahr für die Landwirtschaft, da sie nicht nur das große landwirtschaftliche Hilfswerk mit einem Kreditbedarf von heute mindestens 40 Milliarden unterbindet, sondern darüber hinaus sogar zu einem erneuten Uebergang zum extensiven Betriebe mit all seinen Gefahren für die Volksernährung und bei dem dann gesteigerten Einfuhrbedarf an ausländischen Lebensmitteln für die deutsche Zahlungsbilanz führen muß.

Was wir heute auf dem Geldmarkt erleben, ist vielleicht eine heilsame Reaktion der gefährlichen Ueberschätzung der Arbeit und der auf kapitalfeindliche revolutionäre Gedankengänge zurückzuführenden Unterschätzung des neben der Arbeit gleich bedeutenden anderen Produktionsfaktors, des Kapitals. Besonders unsere Steuergesetzgebung seit der Revolution hat trotz aller Warnungen aus wirtschaftlichen Kreisen der Notwendigkeit der Kapitalneubildung nicht nur zu wenig Beachtung geschenkt, sondern durch konfiskatorisch wirkende Einkommen- und Vermögenssteuern die Kapitalneubildung sehr stark beeinträchtigt. Dazu kommt, daß die Anfang dieses Jahres erfolgte nachträgliche Steuererhebung für vergangene Jahre der Wirtschaft riesige Geldmittel entzogen hat, die Zwangsanleihe mit ihrem noch gar nicht abzusehenden Aderlaß für den Geldmarkt vor der Tür steht, die Inflation aber bei weitem nicht mit der Geldentwertung Schritt halten konnte; denn während die Geldentwertung heute etwa auf das Hundertfache vorgeschritten ist, haben sich unsere Zahlungsmittel trotz der Inflation nur im Verhältnis von 1 : 45 gesteigert. Gewiß ein sprechender Beweis dafür, daß der Sturz der Mark nicht, wie es Poincaré jetzt belegen will, auf die Inflation zurückzuführen ist, sondern auf seinen Reparationswahnsinn, zugleich aber auch ein Zeichen dafür, daß die Zahlungsmittel dem Bedürfnis der Wirtschaft nicht genügen können. Die Geldentwertung hat auch jede industrielle Kalkulation über den Haufen geworfen. Als die Industrie vor etwa Jahresfrist mit einem großen Ausbauprogramm begann, um die Betriebe durch Erweiterungsbauten und maschinelle Erneuerungen technisch auf die Höhe des voraneilenden Auslandes zu bringen, hatte sie große Kapitalien zur Verfügung, da der Inlandswert der Mark weit über ihrem Auslandswert stand, billige Betriebsmaterialien, Transportkosten und Arbeitslöhne mit sich brachte und die Ansammlung barer Geldmittel ermöglichte. Damals hat man trotz riesiger Rückstellungen und Abschreibungen, die vielfach als übertrieben und als Gewinnverschleierung angesehen wurden, nicht voraus sehen können, daß der Markwert sich innerhalb Jahresfrist auf den zehnten Teil vermindern könnte, daß die Angleichung der Inland- an die Weltmarktpreise so rasch vor sich gehen und damit die Produktionskosten so gewaltig verteuern würde. Betriebserweiterungen, die damals begonnen wurden, Maschinenerneuerungen, die von Jahr zu Jahr mehr notwendig werden, sind heute auf